„Jeder Tag ist für mich ein Geschenk“

Mikalaj Statkewitsch saß jahrelang in einem belarussischen Straflager ein. Als er bei einem Deal schließlich freikam, weigerte er sich, sein Land zu verlassen. Er lebt in Minsk. Und spricht trotzdem über Freiheit, die Liebe und den Mut, weiterzumachen

Von Simone Brunner, DIE ZEIT, 06.08.2026

Mikalaj Statkewitsch, 69, war sein Leben lang politisch aktiv. Er verbrachte mehr als zwölf Jahre in Haft, zuletzt von 2020 bis Februar 2026. Kurz zuvor hatte er in der Strafkolonie einen Schlaganfall erlitten. Nun spricht er erstmals darüber.

DIE ZEIT: Herr Statkewitsch, wir können uns nicht persönlich treffen, weil Sie in Belarus leben, einem Land, in das westliche Journalisten kaum noch einreisen können. Wir führen dieses Gespräch deshalb über Videoschalte. Wie frei können Sie überhaupt sprechen?

Mikalaj Statkewitsch: Ich kann frei sprechen. Ich sage, was ich denke und für notwendig halte. Außerdem habe ich Glück.

ZEIT: Inwiefern?

Statkewitsch: Meine Frau ist Juristin. Sie sorgt sich sehr um mich. Vor der Veröffentlichung wird sie mit mir gemeinsam das gesamte Interview durchgehen und sagen: Bei dieser Aussage solltest du besser aufpassen, weil darauf jetzt zwölf Jahre Haft stehen, und dafür gibt es zehn Jahre Haft. *(lacht)*

ZEIT: Sie sind vor einigen Monaten nach einer mehrjährigen Haft freigekommen, aber im Unterschied zu anderen prominenten politischen Ex-Gefangenen in Belarus geblieben. Sie sind der letzte prominente Oppositionelle, der noch im Land lebt. Wie frei fühlen Sie sich?

Statkewitsch: Vollkommen frei. Aber ich weiß, das kann sich jeden Moment ändern. Die Behörden schweigen zu meinem Status. Wurde ich begnadigt? Oder nur vorübergehend entlassen, damit ich mich gesundheitlich erholen kann – und wenn es mir wieder besser geht, muss ich die restliche Haftstrafe absitzen?

ZEIT: Sie wurden im Mai 2020 festgenommen, als Sie friedliche Proteste für eine freie Präsidentschaftswahl organisiert haben, bei der Alexander Lukaschenko herausgefordert wurde, und später zu 14 Jahren Haft verurteilt.

Statkewitsch: Ich kenne meinen juristischen Status nicht, und auf meine offiziellen Anfragen hat niemand reagiert. Nach meiner Freilassung hat Lukaschenkos Pressesprecherin im Staatsfernsehen gesagt, ich sei begnadigt worden, obwohl ich nie darum gebeten habe. Aber ich habe keine Ahnung.

ZEIT: Im Januar dieses Jahres haben Sie in der Strafkolonie einen Schlaganfall erlitten, einen Monat später kamen Sie frei.

Statkewitsch: Ich glaube, das Regime wollte nicht dafür verantwortlich sein, sollte ich in Haft sterben. Obwohl dieser Schlaganfall künstlich herbeigeführt wurde, mir wurden lebensnotwendige Medikamente verweigert. Als ich das Gefängniskrankenhaus verließ, hatte ich große Schwierigkeiten beim Sprechen, aber mein Zustand bessert sich.

ZEIT: Viele Inhaftierte sind an den unmenschlichen Zuständen gestorben.

Statkewitsch: Jetzt hoffen die Vertreter des Regimes wohl, dass die ständige Angst, wieder inhaftiert zu werden, ihr tödliches Werk beenden wird. Oder dass ich endlich Belarus verlasse, um mich im Ausland behandeln zu lassen. Es gab genügend Angebote, übrigens auch aus Deutschland, wo meine Töchter und Enkel leben. Vielen Dank dafür! Das Regime macht mir hier ständig das Leben so schwer, damit ich endlich aus dem Land verschwinde.

ZEIT: Wie genau?

Statkewitsch: Als ich freikam, hatte ich nicht einmal einen Pass, den ich aber brauchte, um medizinisch behandelt zu werden. Später, als es mir besser ging, gaben mir die Beamten meinen Pass zurück. Außerdem wird unser Haus abgerissen. Wir leben

im sogenannten Wissenschaftlerdorf in Minsk, das umgestaltet werden soll, ein Prozess, der schon lange läuft und nach meiner Freilassung noch einmal beschleunigt wurde, was bestimmt kein Zufall ist. Aber alle Versuche, mich aus Belarus zu drängen, waren zwecklos. Ich werde das Land nicht verlassen.

ZEIT: Werden Sie überwacht, verfolgt?

Statkewitsch: Die Hauptaufgabe des belarussischen Inlandsgeheimdienstes KGB ist es, politische Gegner zu bekämpfen. Es wäre naiv, zu glauben, der letzte Oppositionelle, der sich hier noch öffentlich äußert, stünde nicht unter besonderer Beobachtung. Meine Frau und ich haben eine Regel: Wenn wir zu Hause sind, besprechen wir nicht, was wir vorhaben.

ZEIT: Eigentlich hätten Sie schon vor einem Jahr freikommen können bei einem Deal zwischen dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko und US-Präsident Donald Trump. Sie wurden im vergangenen September mit 51 weiteren Gefangenen an die Grenze zu Litauen gebracht, weigerten sich dann aber als einziger, Belarus zu verlassen.

Statkewitsch: Sie wollten mich damals aus meinem Land werfen. Das ist ein Verbrechen! Ich möchte entscheiden, wo ich leben will. Selbst wenn das Gefängnis bedeutet.

ZEIT: Was ist damals passiert?

Statkewitsch: Ich war in der Strafkolonie für besonders gefährliche Wiederholungstäter in der Stadt Hlybokaje in einer Einzelzelle, ein mal drei Meter groß. Man stülpte mir einen Sack über den Kopf und brachte mich in das Untersuchungsgefängnis des KGB in Minsk. Da wusste ich, dass ich deportiert werden soll. Schon dort sagte ich, dass ich mich weigern werde, das Land zu verlassen. Dann wurden wir politischen Gefangenen mit KGB-Mitarbeitern in einen Bus gesetzt und fuhren Richtung Norden – zur litauischen Grenze.

ZEIT: Und dann?

Statkewitsch: Ich kenne den Grenzpunkt dort gut, wir sind hier schon oft ausgereist, meine Frau liebt es, in Vilnius auf den Flohmarkt zu gehen. Als wir das

REPORTER:INNEN forum

belarussische Staatsgebiet verließen, stiegen die KGB-Mitarbeiter aus. Im Bus waren also nur noch der Fahrer und wir Gefangenen. Als wir vor einer Schranke hielten, stand ich auf und versuchte, die Bustür einzutreten. Meine größte Angst war, ich hätte nicht genug Kraft wegen meiner Herzprobleme. Aber ich schaffte es. Als ich mit den Füßen das Fenster eintrat, rief mir ein Kollege noch zu: Mit diesem Knopf musst du die Tür entriegeln! (lacht) Das tat ich – und sprang hinaus.

ZEIT: Und waren für einen Moment frei?

Statkewitsch: Dann ging ich Richtung Belarus zurück. Irgendwann kamen ein amerikanischer Diplomat und ein KGB-Mann auf mich zu. Der Diplomat versuchte, mich zur Ausreise zu überreden. Ich sagte: Euch geht es doch nur um gute PR, und ich soll dafür auf meine Heimat verzichten? Das werde ich bestimmt nicht tun!

ZEIT: Ging es Ihnen auch darum, den Deal zwischen Lukaschenko und den Amerikanern zu stören?

Statkewitsch: Nein. Das war eine persönliche Entscheidung. Ich bin doch kein Vieh, das man einfach so verhökern kann!

ZEIT: Was geschah dann?

Statkewitsch: Sie ließen mich kurz mit meiner Frau telefonieren, damit sie mich überzeugt, doch noch das Land zu verlassen. Ich werde es nicht zulassen, dass sie mich gewaltsam außer Landes bringen, sagte ich zu ihr. Sie sagte, sie habe gewusst, dass ich so handeln würde. Aber ob wir uns wenigstens noch umarmen könnten? Ich wusste nicht, was ich darauf antworten sollte. Da sagte sie unter Tränen: “Dann sollen sie wenigstens unsere Briefe durchlassen.” Ich wusste, dass alles beim Alten bleiben würde. Aber zum ersten Mal seit drei Jahren hörte ich ihre Stimme und erfuhr, dass sie ihre Krebserkrankung überstanden hatte.

ZEIT: Aber zu einer Begegnung kam es nicht mehr. Sie wurden zurück in die Strafkolonie gebracht. Mit welchen Gefühlen fuhren Sie zurück?

Statkewitsch: Ich wusste, es würde dafür Rache geben. Immerhin hatte ich den medialen Effekt des Deals zwischen Lukaschenko und Trump gestört. Auch die KGB-Mitarbeiter waren total sauer auf mich. Ich glaube, sie würden wohl selbst gerne in den

Westen gehen, was ihnen – als Mitgliedern des Sicherheitsapparats – aber verwehrt ist. Sie zogen mir eine dicke Sturmhaube über das Gesicht, an der ich fast erstickte.

ZEIT: Sie haben mit der Rache des Regimes gerechnet. Warum haben Sie das alles dennoch auf sich genommen?

Statkewitsch: Ich habe mich gegen meine gewaltsame Ausreise gewehrt. Egal, wie brutal die Umstände auch sein mögen: Der Mensch hat immer eine Wahl. Und immerhin hat meine Aktion später dazu geführt, dass politische Gefangene mit ihrer Freilassung nicht mehr gewaltsam außer Landes gebracht werden. Auch wenn das bedeutet, dass sie im Land unter strenger Kontrolle stehen.

ZEIT: Haben sich Ihre Haftbedingungen nach Ihrer Rückkehr in die Strafkolonie verschlechtert?

Statkewitsch: Ich war mir sicher, dass ich nicht mehr lebend freikommen würde. In der Strafkolonie bekam ich nicht mehr die Medikamente, die ich nach meiner Coviderkrankung und wegen meiner Herzrhythmusstörungen dringend benötigte und die mir meine Frau geschickt hatte. Durch diese Sendungen wusste ich überhaupt, dass meine Frau noch lebt. Stattdessen gab man mir Aspirin. Wie mir die Ärzte des Gefängniskrankenhauses später sagten, hatte genau das später zu meinem Schlaganfall geführt.

ZEIT: Gab es Momente, in denen Sie Ihre Entscheidung bereut haben?

Statkewitsch: *(überlegt lange)* Nein, niemals. Aber ich weiß, dass es für meine engsten Angehörigen sehr schwer war.

ZEIT: Warum wollten Sie in Belarus bleiben?

Statkewitsch: Es ist für mich unvorstellbar, das Land zu verlassen. Das wäre so, als würde ich die Millionen Belarussen im Stich lassen, die noch immer hier leben. Wissen Sie, auf der Straße kommen immer wieder Leute auf mich zu, schütteln mir die Hand, bedanken sich bei mir.

ZEIT: Auch heute noch?

Statkewitsch: Ja. So viele Menschen sind seit den Massenprotesten 2020 ausgereist. Stellen Sie sich vor, wie es den Menschen geht, die hiergeblieben sind.

REPORTER:INNEN forum

Deren Freunde, Bekannte, Kinder weg sind. Als gäbe es in diesem Land keinerlei Hoffnung, keine Zukunft mehr. Die Ablehnung des Lukaschenko-Regimes ist trotzdem noch groß. Ich möchte bei den Belarussen bleiben, die hier sind und nur auf die nächste Chance warten, etwas zu verändern.

ZEIT: Die Massenproteste im Sommer 2020 wurden brutal niedergeschlagen, noch heute werden Menschen für die Teilnahme daran inhaftiert.

Statkewitsch: Heute kann man schon wegen eines Like oder eines Reposts für zehn Jahre Haft kommen. Ganze Familien werden ins Gefängnis gesteckt. Aber diese monströsen Repressionen gibt es doch nur deswegen, weil das Regime neue Proteste fürchtet. Die Menschen hassen Lukaschenko noch viel mehr, und er spürt das. Ich glaube, Lukaschenko schläft nachts schlechter als ich.

ZEIT: Wie kommen Sie darauf?

Statkewitsch: Sollte es wieder Massenproteste geben, werden sie nicht mehr so friedlich sein wie 2020, als die Protestierenden sogar den Müll hinter sich wegräumten.

ZEIT: Inzwischen ist jede noch so kleine Form des Widerstands unmöglich geworden. Was kann jemand wie Sie, ein Veteran der belarussischen Oppositionsbewegung, noch verändern?

Statkewitsch: In Belarus ist heute jede Form der Selbstorganisation gefährlich. Aber was mir Zuversicht gibt, sind die Dankbarkeit, die Hoffnung, die Solidarität, die mir die Menschen immer wieder entgegenbringen. Darf ich Ihnen eine Begebenheit erzählen?

ZEIT: Bitte!

Statkewitsch: Unlängst waren meine Frau und ich bei der Langen Nacht der Museen in Minsk. In einem Saal spielte ein Saxofonist. Meine Frau und ich blieben stehen und hörten zu. Als das Konzert vorbei war, drehten wir uns um, und da stand plötzlich eine Menschenmenge hinter uns. Sie klatschten. Da bemerkten wir, dass die Menschen nicht dem Musiker applaudierten *(ringt kurz um Fassung)* – sondern uns. Selbst diese kleinen Gesten der Solidarität können sehr gefährlich sein. Ich sorge mich um diese Menschen.

ZEIT: Wie sollte Europa mit Alexander Lukaschenko umgehen? Ihn isolieren und sanktionieren wie die EU oder doch besser den Dialog suchen wie die USA?

Statkewitsch: Der Westen ist Lukaschenko viel zu lange auf den Leim gegangen. Ich glaube, die Europäische Union hat endlich zu einer rationalen Politik im Umgang mit Lukaschenko gefunden.

ZEIT: Prominente Oppositionelle wie Maria Kalesnikava warnen davor, die EU könne Belarus so in Putins Arme treiben. Sie halten die Isolationspolitik dennoch für richtig?

Statkewitsch: Dieses alte Märchen, dass sich Lukaschenko aus Putins Umklammerung lösen möchte, wurde dem Westen viele Jahre lang aufgetischt. Aber wie sollen sich siamesische Zwillinge voneinander trennen können? Gleichzeitig bin ich jedoch gegen eine Isolation der belarussischen Bevölkerung. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, etwas anderes zu sehen als Belarus und Russland, und ihre Angehörigen in der EU besuchen können.

ZEIT: Und die Sanktionspolitik?

Statkewitsch: Ich glaube, das ist eine Angelegenheit für meine Hausjuristin. Marina, wie viele Jahre bekommt man jetzt für den Aufruf zu Sanktionen? *(lacht)*

ZEIT: Sie wirken gelöst und zuversichtlich. Haben Sie keine Angst davor, was noch kommen könnte?

Statkewitsch: Ich setze mich schon seit Langem mit allen Kräften für die Freiheit meines Landes ein. Dafür habe ich bereits viele Opfer gebracht, und ich werde nicht auf halbem Weg stehen bleiben. So oft hätte ich schon sterben können. Aber heute kann ich aus dem Fenster schauen und die Bäume und den Himmel sehen – Dinge, die ich jahrelang nicht sehen konnte. Und ich bin mit meiner geliebten Frau zusammen. Jeder Tag ist für mich ein Geschenk.